

Geschäftsführung:
Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung der Stadt Lüdenscheid**

am 10.06.2021

im Theatersaal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9, 58511 Lüdenscheid

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Christoph Weiland CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Ursula Meyer	CDU	
Ratsfrau Ilona Bartocha	Bündnis 90 / Die Grünen	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke	SPD	Vertretung für Ratsherrn Kriegel
Ratsherr Daniel Kahler	CDU	
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	ab 17:32 Uhr
Frau Valeria Klette	CDU	Vertretung für Ratsherrn Fröhling
Herr Frank Tielke	DIE LINKE.	
Herr Florian Wüllner	FDP	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Konstantinos Titokis Internationale Liste
der SPD

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Herr Sven Haarhaus
Frau Martina Pabst
Frau Cosima Asmus

Frau Sandra Breitschwerdt

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Lisa Flender

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Christine Schürmann

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Britta Vogelsang

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Kristina Waaga

Schritfführung:

Frau Juliane Lex

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Oliver Fröhling

CDU

Ratsherr Steffen Kriegel

SPD

Herr Fabian Ferber

SPD

Beginn: 17:01 Uhr

Ende: 17:54 Uhr

A) Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende, Ratsherr Weiland, eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung (BFV), zu der form- und fristgerecht mit Schreiben vom 02.06.2021 eingeladen wurde.

Folgender Punkt soll neu in die öffentliche Tagesordnung aufgenommen werden:

Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2021; Abholstation für Dokumente im Bürgeramt

Ausschussvorsitzender Weiland teilt mit, dass der Antrag am 08.06.2021 in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde und eine entsprechende Information an alle Ausschussmitglieder per Mail erfolgte; zusätzlich wurde die Anfrage vor der Sitzung als Tischvorlage an die Mitglieder des BFV verteilt, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen. Anschließend stellt er fest, dass die Mitglieder des BFV einstimmig beschließen, den vorgenannten Punkt neu in die öffentliche Tagesordnung aufzunehmen. Der vormalige TOP 12 (Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen) verschiebt sich entsprechend.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle für den Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung Vorlage: 089/2021

Ratsherr Voß trägt die an den Verwaltungsvorstand gerichtete Bitte vor, zur Erleichterung der Arbeit der ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker die Einführung der in der Beschlussvorlage beschriebenen Berichts- und Beschlusskontrolle für alle städtischen Ausschüsse in Betracht zu ziehen.

Der Ausschussvorsitzende Weiland nimmt den Hinweis dankend zur Kenntnis und verweist auf ähnliche Überlegungen aus der CDU-Fraktion.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst im Anschluss einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung (BFV) eine Berichts- und Beschlusskontrolle durchzuführen. Der in dieser Vorlage beschriebenen Vorgehensweise wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Im Anschluss an die Abstimmung greift Ausschussvorsitzender Weiland die Anfrage des Ratsherrn Kahler aus der Sitzung des BFV am 04.02.2021 auf, in der dieser um eine Einschätzung der Höhe zur Lüdenscheider Abwassergebühren im Vergleich zu anderen Kommunen bat. Ratsherr Weiland weist darauf hin, dass das Thema "Widersprüche" gegen Abwasserbescheide in der Sitzung des Verwaltungsrates des Stadtentwässerungsbetriebs Lüdenscheid Herscheid (SELH) eingehend erörtert worden sei. In diesem Rahmen sei darauf verwiesen worden, dass der bei der Kalkulation verwendete Zinssatz von der Stadtverwaltung vorgegeben ist.

Ausschussvorsitzender Weiland zitiert im Folgenden aus einer Pressemitteilung des Bundes der Steuerzahler vom 21. Januar 2021, welcher aktuell eine Musterklage gegen Abwasserbescheide einer anderen Kommune führt: "Nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts NRW ist für das Jahr 2021 ein kalkulatorischer Zinssatz von bis zu 5,92 % zulässig. (...) Dieser (...) Zinssatz ergibt sich, indem man auf den Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere inländischer öffentlicher Emittenten der letzten 50 Jahre abstellt, auf den (...) ein Sicherheitszuschlag von 0,5 Prozentpunkten aufgeschlagen wird, um höhere Fremdkapitalzinsen aus Kreditaufnahmen zu berücksichtigen."

Ausschussvorsitzender Weiland weist darauf hin, dass dies genau der Zinssatz sei, der bei der Stadt Lüdenscheid Verwendung findet und somit die Vorgaben des OVG erfüllt. Es gäbe Kommunen in NRW, die höhere Zinssätze bei der Kalkulation zu Grunde legen und natürlich läge es im Ermessen des Bundes der Steuerzahler, die Zinsberechnung insgesamt gerichtlich überprüfen zu lassen. Allerdings könne bereits der Aufwand für die Erstellung eines Widerspruchs inklusive Portos höher ausfallen als die Einsparungen durch eine Anpassung oder Änderung dieses Zinssatzes, sofern das Gericht im Sinne des BdSt entscheiden sollte. Abwassergebühren ließen sich an anderer Stelle effizienter, so über den Frischwasser-Verbrauch sowie die Zuführung von Brauchwasser in die Kanalisation, einsparen. Ein entsprechender Prüfantrag im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, welcher auf die Schaffung entsprechender Bürgerberatungsmöglichkeiten abzielt, sei einstimmig angenommen worden.

Anschließend richtet Ausschussvorsitzender Weiland die Frage an Ratsherrn Kahler, ob seine o.g. Anfrage damit beantwortet sei, was von diesem bestätigt wird.

3. Vorstellung der Ergebnisse des Handlungsprogramms aus der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 138/2021

Ausschussvorsitzender Weiland übergibt das Wort an Frau Lisa Flender (Fachdienst Umweltschutz und Freiraum), welche die Ergebnisse des Handlungsprogramms aus der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Lüdenscheid in Form einer ca. zehnmütigen PowerPoint-Präsentation vorstellt (die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt). Im Anschluss bedankt sich Ausschussvorsitzender Weiland für den Vortrag und merkt an, dass er das vorgestellte Projekt für ein Musterbeispiel einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung hält.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst im Anschluss einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die jeweiligen Fachausschüsse nehmen das Handlungsprogramm als wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Lüdenscheid zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Handlungsprogramm dargestellten Ziele in die anstehenden Erörterungen zur Erstellung eines städtischen strategischen Gesamtzielsystems einzubringen. Parallel dazu sollen die genannten Maßnahmen mit verschiedenen Akteuren weiter konkretisiert und hinsichtlich der erforderlichen Ressourcen näher bestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

4. Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vor einer Infektion mit dem Coronavirus und zur Sicherstellung der Kinderbetreuung
Vorlage: 084/2021

Ausschussvorsitzender Weiland bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst im Anschluss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht, der auch als Beantwortung der Anfrage des Ersten Stellvertretenden Bürgermeisters Weiß aus der Sitzung des BFV am 04.02.2021 verstanden sein soll, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

Im Anschluss an die Abstimmung richtet Ausschussvorsitzender Weiland seinen Dank an die

Personen, welche die in der Beschlussvorlage beschriebenen Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt haben.

5. Einrichtung von Springer-Personalstellen in der Verwaltung
Vorlage: 146/2021

Auch an dieser Stelle lobt Ausschussvorsitzender Weiland Umfang und strategische Formulierung der Vorlage.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die von der Verwaltung skizzierte Vorgehensweise zur Einrichtung von Springerstellen wird befürwortet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Stellenplan Jahr 2022 drei zusätzliche Stellen einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

6. Beurteilung der psychischen Gefährdung an den Arbeitsplätzen bei der Stadt Lüdenscheid -Zwischenbericht zum Pilotprojekt
Vorlage: 150/2021

Ausschussvorsitzender Weiland bedankt sich für die kurzfristige erneute Information zum aktuellen Stand des Pilotprojekts sowie die erzielten Fortschritte und betont die hohe Wichtigkeit der Thematik.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

7. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2022
Vorlage: 149/2021

Ausschussvorsitzender Weiland merkt bezüglich des Beschlussvorschlags an, dass zum Ausbildungsbeginn 2022 bewusst über Bedarf ausgebildet werden soll.

Ratsherr Voß erwähnt lobend die Bandbreite an Ausbildungsberufen, welche von der Stadtverwaltung Lüdenscheid bedient werden kann. Weiterhin zeigt er sich erfreut über die große Anzahl der Einstellungen, welche die Vorsorge der Stadt Lüdenscheid im Hinblick auf künfti-

ge Renteneintritte unter den Beschäftigten belege, und bedankt sich für die Vorlagenerstellung.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst im Anschluss einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2022 werden folgende Ausbildungsverhältnisse begründet:

Bachelor of Laws (Laufbahngruppe 2.1)	5 Einstellungen
Verwaltungsfachangestellte	5 Einstellungen
Immobilienkaufleute	2 Einstellungen
Brandmeisteranwärter/innen	10 Einstellungen
Brandoberinspektoranwärter/in	1 Einstellung
Notfallsanitäter/innen	2 Einstellungen
Fachinformatiker/in	1 Einstellung
Studiengang Verwaltungsinformatik	1 Einstellung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

**8. Bericht zur Standortbestimmung des Informations- und Organisationsmanagements
Vorlage: 090/2021**

Ausschussvorsitzender Weiland hebt Umfang und Detailliertheit der Berichtsvorlage hervor.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

**9. Aktueller Stand der Beteiligungsverwaltung mit Überlegungen zur Neuausrichtung
Vorlage: 079/2021**

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Überlegungen zur Neuausrichtung der Beteiligungsverwaltung im 2. Halbjahr 2021 aufzugreifen und die Mitglieder des BFV über den aktuellen Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

10. Zeitplan Haushalt 2022 Vorlage: 155/2021

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem beigefügten Zeitplan zum Haushalt 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11

11. Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 30.05.2021; Finanzierung des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen

Ratsherr Voß verweist auf eine Information des Leiters des Fachbereichs Jugend, Bildung und Sport (FB 5), Herrn Matthias Reuver. Das in dem Antrag angeführte Beispiel der Stadt Neuenrade sei demnach rechnerisch nicht zutreffend. Da dies keinen Einfluss auf die Beauftragung der Verwaltung habe, solle dies lediglich als Hinweis festgehalten werden.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. für die Finanzierung des weiteren Ausbaus der Kinderbetreuung aus verschiedenen Möglichkeiten zur Finanzierung ein optimales Modell herauszuarbeiten.
2. dieses Modell zukünftig für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung anzuwenden.
3. in einer Übersicht darzustellen, welche finanziellen Verpflichtungen über welche Laufzeiten für die Stadt Lüdenscheid bestehen. Hierin sollen auch die indirekten Mietkostenzuschüsse (an die Träger) enthalten sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Enthaltungen: 1

12. Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2021; Abholstation für Dokumente im Bürgeramt

Ratsherr Kahler hebt die Medienberichte, eigene Erfahrungen und Diskussionen innerhalb seiner Fraktion über lange Wartezeiten im Zusammenhang mit den Abläufen im Bürgeramt als Begründung des Antrags hervor. Er verweist auf die Möglichkeit in anderen Kommunen, Dokumente auch außerhalb der Öffnungszeiten an einem entsprechenden Automaten abholen zu können, was insbesondere für Berufstätige eine Erleichterung darstelle.

Ratsherr Voß wendet sich bezüglich der im Antrag beschriebenen Legitimierung mittels einer PIN und eines Fingerabdrucks an Ratsherrn Kahler. Speziell fragt er nach dem (Vorab-) Speicherort und der Speicherdauer des Fingerabdrucks.

Ratsherr Kahler verweist auf die erfolgten Recherchen bei der Stadt Hagen. Dort würde der Fingerabdruck im Rahmen der persönlichen Beantragung eines Personalausweises vor Ort erfasst und zur Abholung hinterlegt. Zur Speicherdauer könne er keine Angaben machen, die Klärung dieser Frage könne aber dem Prüfauftrag zugeordnet werden.

Im Anschluss gibt Herr Dr. Blasweiler bekannt, dass die Einrichtung einer Abholstation bereits im letzten Jahr innerhalb der Verwaltung erörtert wurde, die weiteren Überlegungen hierzu aber aus verschiedenen Gründen ins Stocken geraten seien. Er führt in diesem Zusammenhang unter anderem einen Wechsel der Fachdienstleitung sowie personelle Ausfälle im Bürgeramt an, was eine Weiterverfolgung der Überlegungen infolge anderer Prioritätensetzungen nicht erlaubt habe. Weiterhin betont er die Wichtigkeit von Datenschutzaspekten in Zusammenhang mit der Thematik und spricht bestehende grundsätzliche Überlegungen zur Bereitstellung von Services an, welche die persönliche Anwesenheit von Bürgern im Rathaus nicht erfordern. Insgesamt würde der eingehenden Prüfung des Antrags von Verwaltungsseite mit Freude entgegengesehen, um entsprechende Lösungen zu realisieren.

Der Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung fasst anschließend einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten, die Rahmenbedingungen und einen Standort für die Aufstellungen einer Abholstation für Dokumente im Rathaus zu ermitteln. Analog zum Service der Stadt Hagen soll der Automat die Abholung von Personaldokumenten außerhalb der Öffnungszeiten des Bürgeramtes ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

13. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

13.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

13.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

13.3. Anfragen

13.3.1. Inanspruchnahme digitaler und analoger Leistungen des Bürgeramtes

Ergänzend zum zuvor behandelten TOP 12 bittet Ratsherr Kahler um nachfolgende Untersuchung:

1. Welche Dienstleistungen werden im Bürgeramt am häufigsten nachgefragt? (z.B. Darstellung der „Top 5“)
2. Wie hoch ist der Anteil bei häufig nachgefragten Dienstleistungen von persönlichen bzw. elektronischen Antragsstellungen (sofern möglich)?

Zielsetzung sei, zukünftig nach Möglichkeit einen elektronischen Weg bereitstellen zu können, wo dies aktuell noch nicht der Fall ist.

Ausschussvorsitzender Weiland dankt Ratsherrn Kahler für die Anfrage und verweist auf eine Behandlung in einer der folgenden Sitzungen des BFV.

Ausschussvorsitzender Weiland weist nach Abschluss der Behandlung der öffentlichen Tagesordnungspunkte darauf hin, dass in der heutigen Sitzung die letzte Teilnahme von Herrn Dr. Karl Heinz Blasweiler als Stadtkämmerer und Erstem Beigeordnetem der Stadt Lüdenscheid erfolgt. Er führt aus, dass Herr Dr. Blasweiler seit 1997 das Amt des Kämmers bekleidet und sich nach zweimaliger Wiederwahl im letzten Jahr dazu entschlossen hat, in 2021 nicht erneut zu kandidieren. Seit Amtsaufnahme habe er „frischen Wind“ in die Verwaltung und sich auf wegweisende und vielfältige Weise sowohl in Politik und Verwaltung eingebracht.

Zunächst geht er auf die klassische Kämmerer-Tätigkeit von Herrn Dr. Blasweiler ein und hebt hier insbesondere die Einführung eines modernen Finanzmanagements zum Ende der 90er Jahre, den konsequenten Verzicht auf risikobehaftete Finanzinstrumente und die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Jahr 2009 hervor. Speziell nennt er auch die mit naturgemäß viel Gegenwind aus Politik und Verwaltung verbundene Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts im Jahr 2012 und dessen konsequente Weiterentwicklung und vergleicht die Rolle von Herrn Dr. Blasweiler im Sinne der stetigen Erinnerung von Verwaltung und Politik an die Relevanz der Konsolidierung des städtischen Haushalts mit einem „Fels in der Brandung“. Im Folgenden hebt er die unter Führung von Herrn Dr. Blasweiler vorgenommene städtische Entschuldungsstrategie hervor, durch welche der städtische Schuldenstand in den letzten Jahren massiv zurückgefahren werden konnte. Weiter führt er die Initiierung umfassender Entwicklungen im Beteiligungsbereich durch Herrn Dr. Blasweiler an und nennt im Speziellen die Sanierung der Entwicklungs- und GründerCenter Lüdenscheid GmbH, die Neuorganisation des Stadtentwässerungsbetriebs sowie die Gründung und spätere Neustrukturierung der ENERVIE AG.

Des Weiteren führt er Beispiele aus den übrigen Verwaltungsbereichen an, in deren Rahmen sich Herr Dr. Blasweiler durch seine Fähigkeit, gewohnte Denkmuster zu verlassen, auch unter widrigen Umständen positive Entwicklungen und Ergebnisse für die Stadt Lüdenscheid hergebracht habe. Im Speziellen weist er auf seine unverzichtbare Funktion im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015, die strukturelle Weiterentwicklung der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) von 2005 bis 2007, das „Großprojekt Rathausumbau“ von 2002 bis 2006 sowie die Einrichtung des Zentralen Vergabe-Service (ZVS) zur Bündelung von Vergabe-Know-how innerhalb der Stadtverwaltung hin. Schließlich geht er auf wesentliche Entwicklungen im Personalmanagement ein - hier insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Einführung der Gleitzeitregelungen, die Bestrebungen zur Einrichtung städtischer Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die personelle Verstärkung der Personalentwicklung und der betrieblichen Gesundheitsförderung -, welche die Schwerpunktsetzung von Herrn Dr. Blaswei-

ler im Hinblick auf Vereinbarkeit von Beruflichem und Privatem für die städtischen Beschäftigten als persönliches Anliegen unterstreichen.

Schließlich betont der Ausschussvorsitzende Weiland das Engagement von Herrn Dr. Blasweiler in Gesellschaft und Ehrenamt sowie seine langjährige Funktion als Conférencier zur Eröffnung des Stadtfestes. Daran anknüpfend überreicht der Ausschussvorsitzende ihm ein Abschiedspräsent.

Herr Dr. Blasweiler bedankt sich im Folgenden für die Worte des Ausschussvorsitzenden. Er betont, dass die vorgenannten Entwicklungen und Erfolge ohne die engagierte Mitarbeit seiner Kolleginnen und Kollegen nicht möglich gewesen wären. Als großes Anliegen möchte er die vielen Beschäftigten in den „Inneren Diensten“ hervorheben, die im Hintergrund wirken und maßgeblich zum Gelingen der Dinge beitragen.

Herr Dr. Blasweiler führt weiter aus, dass für ihn auch und insbesondere angesichts der Dinge, die aus seiner Sicht während seiner Zeit bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid nicht glücklich gelaufen sind, die Achtung und Würdigung des demokratischen Miteinanders, des politischen Ehrenamts, der Übernahme von Verantwortung sowie das „Im-Gespräch-Bleiben“ von herausragender Wichtigkeit ist und spricht den Ausschussmitgliedern seinen Dank für ihr Engagement und ihre Tätigkeit für die Gesellschaft aus. Einen besonderen Dank richtet er an den Ausschussvorsitzenden Weiland für die kurze, aber sehr gute Zusammenarbeit. Weiterhin hebt er die als sehr positiv empfundene Arbeits- und Diskussionskultur in den Sitzungen des ehemaligen „BOFi“ - zunächst unter Vorsitz des ehemaligen Rats Herrn Bernd Schulte und anschließend von Ratsfrau Ursula Meyer - als „Vorgängerausschuss“ (bis 2009) und das große Potenzial des BFV als aktuellem Nachfolgeausschusses hervor, welches es zu nutzen gelte.

Schließlich spricht er anknüpfend an die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden Weiland die Themen Cross-Border-Leasing und Derivate als Finanzierungsmodell bzw. Finanzinstrument an, welche im Laufe seiner Amtszeit vielfach an ihn herangetragen wurden, von welchen die Stadtverwaltung Lüdenscheid in der jedoch aus Überzeugung und in Anbetracht der Erfahrungen anderer Kommunen rückblickend glücklicherweise nie Gebrauch gemacht hat.

Abschließend äußert Herr Dr. Blasweiler seine Freude über das Abschiedspräsent und bedankt sich herzlich hierfür.

Im Anschluss beendet Ausschussvorsitzender Weiland den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Besucher, den Raum für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlassen.

gez. Weiland

Christoph Weiland
Vorsitzender

gez. Juliane Lex

Juliane Lex
Protokollführerin